

### Niederschrift

| Gremium                                     | Sitzung - FuG/044(IV)/08    |  |          |          |
|---|-----------------------------|--|----------|----------|
|   | Wochentag,<br>Datum         | Ort  | Beginn   | Ende     |
| Ausschuss für Familie und<br>Gleichstellung | Dienstag,<br><br>08.07.2008 | Jugend- und<br>Sozialzentrum<br>"Mutter Teresa ", Am<br>Charlottentor 31,<br>39114 Magdeburg | 16:30Uhr | 19:00Uhr |

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2008
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Förderung von Wohnbauland für Familien mit Kindern DS0241/08
  - 5.2 Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass A0090/08
  - 5.3 Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass A0090/08/1
  - 5.4 Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass S0132/08
  - 5.5 Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zum Integrationsbeirat A0093/08
  - 5.6 Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg zum Integrationsbeirat S0133/08

- 6 Informationen
- 6.1 Umsetzung des Rahmenkonzeptes für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg I0155/08
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Veil, Thomas

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Bork, Jana

Heendorf, Michael

**Sachkundige Einwohner/innen**

Hausmann, Christian

Schumann, Carola

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Hildebrand begrüßt in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender alle Anwesenden. Frau Huhn befindet sich im Urlaub und lässt sich entschuldigen. Er eröffnet die Sitzung.

## 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Der TOP 6.1, die Information I0155/08 – Umsetzung des Rahmenkonzeptes für Integrationspolitik der LH MD, wird nachträglich mit aufgenommen.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die veränderte TO, inkl. TOP 6.1.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

## 3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2008

---

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 10.06.2008 wird bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

## 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht in Anspruch genommen.

## 5. Beschlussvorlagen

---

### 5.1. Förderung von Wohnbauland für Familien mit Kindern

DS0241/08

Zu diesem TOP sind vom Liegenschaftsservice Frau Frost und Frau Gareis erschienen.

Frau Frost bringt die Drucksache kurz ein.

Anschließend diskutieren die AusschussmitgliederInnen angeregt.

Es wird die Frage gestellt, warum nur städtische Grundstücke auf diese Art und Weise gefördert werden.

Frau Frost antwortet, dass nicht alle Grundstücksverkäufe gefördert werden können. Dazu fehlen die finanziellen Mittel und das Personal zur Überwachung oder Überprüfung.

Eine weitere Frage ist, wie die Handhabe in Magdeburg in Bezug auf eventuelle Bildung von „Ausländervierteln“ ist. In Berlin ist so etwas z. B. passiert. Und was ist mit Familien ohne Kinder oder ältere Menschen?

Frau Frost sagt, dass die Nationalität beim Erwerb eines solchen Grundstückes keine Rolle spielt. Der Verkauf erfolgt per Losverfahren.

Zur zweiten Frage sagt sie, dass abzuwarten ist, wie viele Bewerber es gibt und wie viel Parzellen zum Verkauf stehen. Dann wird es voraussichtlich zwei „Lostöpfe“ geben. Zuerst werden die Familien mit Kindern berücksichtigt und dann alle anderen.

Frau Ponitka hat eine Frage zur Rückzahlung. Was ist, wenn Eltern sich trennen und sich das Sorgerecht für das Kind oder die Kinder teilen? Angenommen das Kind wohnt nur noch am Wochenende in dem Haus, also als Nebenwohnsitz. Dann müsste eine Rückzahlung erfolgen. Das Problem ist, dass die alleinstehende Partnerin oder der alleinstehende Partner die Rückzahlung vielleicht nicht bewältigen kann. Könnte in diesem Fall eine entsprechende Klausel mit aufgenommen werden?

Frau Frost sagt, dass nun ein erster Schritt in diese Richtung gemacht wird und die weitere Entwicklung erst mal abzuwarten ist. Die Stadt Braunschweig hat bereits Erfahrungen auf diesem Gebiet. Informationen dazu findet man in der Information I0354/07.

Herr Dr. Reichel fragt, ob Absolventen der Uni oder anderen Hochschulen in Magdeburg auch diese Möglichkeit angeboten werden könnte, um sie hier zu halten? Viele Absolventen ziehen weg und der bestehende Mangel in Magdeburg oder in Sachsen-Anhalt nimmt immer mehr zu.

Im weiteren Verlauf der Diskussion entscheiden sich die AusschussmitgliederInnen einstimmig für die Stellung eines Antrages mit folgendem Wortlaut:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit unter anderem eine soziale Komponente bei der Wohnbauförderung für Familien mit Kindern aufgenommen werden kann.“

Weiter wird ebenfalls einstimmig eine Empfehlung an die Verwaltung beschlossen:

„Der Ausschuss für Familie und Gleichstellung empfiehlt der Verwaltung, dass im Bauwesen eine Initiative aufgegriffen werden sollte, die in Zusammenarbeit mit der Uni Magdeburg und anderen Hochschulen in Magdeburg dazu beiträgt, dass Absolventen dieser Einrichtungen in Magdeburg bleiben können.“

Abschließend wird die Drucksache DS0241/08 empfohlen (4 / 0 / 0).

5.2. Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass A0090/08

---

empfohlen (4 / 0 / 0)

5.3. Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass A0090/08/1

---

empfohlen (4 / 0 / 0)

5.4. Ideenwerkstatt zum Magdeburg-Pass S0132/08

---

Hierzu sind Herr Villard und Frau Rhoden erschienen. Herr Villard bringt die Stellungnahme der Verwaltung kurz ein.

Er sagt unter anderem, dass per 31.05.2008 1.855 Magdeburg-Pässe ausgegeben wurden, Tendenz steigend im Vergleich zu den Vorjahren. Jedoch ist dies nur ein sehr kleiner Teil der Hartz-IV-EmpfängerInnen in Magdeburg. Hier sollte die Verwaltung einmal prüfen, warum dies so ist.

Ein großes Manko besteht bei der Mobilität der Arbeitssuchenden. Eine MVB-Monatskarte ab 09.00 Uhr kosten derzeit 30 EURO. Im Regelsatz sind dafür jedoch nur 16 EURO vorgesehen. Somit ist diese Monatskarte unbezahlbar.

Anschließend diskutieren die AusschussmitgliederInnen angeregt.

Es werden Fragen gestellt wie: Warum der Magdeburg-Pass relativ wenig in Anspruch genommen wird? Wie ist die Akzeptanz der einzelnen Angebote? Gibt es eine Übersicht? Können Vereine in das Angebot mit aufgenommen werden, die Schnupperkurse anbieten könnten?

Herr Villard antwortet, dass die Statistiken leider keine Aufschluss über die Beliebtheit der einzelnen Angebote geben. Hierzu müssten Befragungen durchgeführt werden. Und zu den Vereinen antwortet er, dass es geplant ist, Vereine mit ins „Boot“ zu holen.

Frau Ponitka schildert die Situation einer Rollstuhlfahrerin, die einen Magdeburg-Pass besitzt. Die Ermäßigungen, die sie bekommt, reichen nicht aus. Den Rest, den sie braucht um z. B. eine Theaterkarte zu kaufen, kann sie nicht zahlen. Somit bleibt ihr oft die Teilnahme am kulturellen Leben verwehrt.

Herr Dr. Hildebrand sagt, sie ein Persönliches Budget beantragen kann.

Ein Vorschlag des Ausschusses ist, den Magdeburg-Pass nicht so pauschal zu belassen, sondern Kategorien nach Interessen der Inhaber zu schaffen, z. B. Kategorie „Kultur“ oder „Sport“ usw.

Im Oktober 2008 findet der Workshop zum Thema „Magdeburg-Pass“ statt. Eine Information über das genaue Datum und eine Teilnahme bekommen die StadträtInnen über die Fraktionen, sagt Herr Villard.

Abschließend wird die Stellungnahme S0132/08 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

|      |  |          |
|------|--|----------|
| 5.5. | Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt<br>Magdeburg zum Integrationsbeirat | A0093/08 |
|------|--|----------|

---

empfohlen (4 / 0 / 0)

|      |  |          |
|------|--|----------|
| 5.6. | Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt<br>Magdeburg zum Integrationsbeirat | S0133/08 |
|------|--|----------|

---

Herr Villard bringt die Stellungnahme der Verwaltung kurz ein.

Er sagt u. a., dass,

- der Antrag und die Stellungnahme inhaltlich in die gleiche Richtung gehen,
- die Entwicklung in Deutschland zum Integrationsbeirat geht,
- die Spätaussiedler sich in Magdeburg zur Wahl aufstellen lassen können und
- der Stadtrat den Integrationsbeirat „eröffnen“ muss.

Herr Dr. Hildebrand sagt, dass er die Stellungnahme der Verwaltung sehr positiv findet. Mit dem Antrag sollte eine bessere gegenseitige Wertschätzung der Kulturen erreicht werden. Er begrüßt, dass in der Stellungnahme inhaltliche und organisatorische Dinge benannt sind. Er spricht sich für einen Integrationsbeirat aus.

Nun erhält Frau Trojanowskaja, Vorsitzende des Ausländerbeirates Magdeburg, das Wort:

- Leider wurde die Stellungnahme nicht mit dem Ausländerbeirat abgestimmt.
- Die Situation in Magdeburg kann nicht mit anderen Städten verglichen werden.
- Daher sollte überlegt werden, was für Magdeburg das Beste ist.
- Leider sind im Ausländerbeirat zu wenig Stellen besetzt. Dies soll bei der nächsten Wahl geändert werden, indem Kandidatenlisten aufgestellt werden.
- Die Satzung des Ausländerbeirates wurde im Mai 2004 hinsichtlich der Wählbarkeit geändert. Es besteht seit dem die Möglichkeit in den Ausländerbeirat gewählt zu werden, auch wenn man bereits eingebürgert ist.
- Es ist auch lt. Satzung schon immer möglich, dass StadträtInnen als beratende Mitglieder im Ausländerbeirat mitwirken können.
- Wahlvorschläge u. a. vom Netzwerk einfließen zu lassen wäre zu hinterfragen. Die Netzwerke sind keine Vertreter von Betroffenen! Dies sollte aus der Stellungnahme gestrichen werden.
- Aus ihrer Sicht ist die Stellungnahme der Verwaltung nicht ausreichend.

Anschließend erhält Herr Coulibaly, Ausländerbeauftragter der LH MD, das Wort:

- Er hat eine Stellungnahme bei der Verwaltung dazu abgegeben. Seine Interpretation wurde übernommen, aber nicht als seine Aussage gekennzeichnet.
- Es muss sich mit der Frage auseinandergesetzt werden, was man mit dem Integrationsbeirat erreichen will.
- Es bedarf der Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat.
- Viele, die schon lange in Deutschland oder Magdeburg sind, sind leider nicht dabei und können sich nicht politisch einbringen. Dies sollte sich ändern. Sie brauchen mehr Gewicht zur politischen Mitgestaltung.
- MigrantInnen müssen beteiligt werden, um gemeinsam Politik zu gestalten.
- Die Überlegung, ob ein Ausländerbeauftragter benötigt wird, ist eine politische Entscheidung.
- Netzwerke können keine Vorschläge für Kandidaten machen, wie Frau Trojanowskaja bereits sagte. Dies wäre eine Fehlentwicklung und geht auf keinen Fall.

Die AusschussmitgliederInnen diskutieren angeregt.

Sie sind sich darüber einig, dass eine aktivere und direktere Beteiligung durch den Ausländerbeirat gewollt ist. Auch die beiden Statements gehört zu haben, war sehr wichtig. Es wird der Vorschlag gemacht, dass sich Ausländerbeirat und Verwaltung noch einmal zusammen setzen und über alles in Ruhe reden. Es scheint, dass hier noch hoher Klärungsbedarf besteht. Der Ausländerbeirat soll auflisten, was nicht korrekt ist oder fehlt in der Stellungnahme. Die Verwaltung könnte dann eine Ergänzung zur Stellungnahme machen.

Herr Villard sagt auch, dass hier kein „Schnellschuss“ passieren darf. Dazu ist diese Entscheidung zu wichtig. Er bedauert, dass der Ausländerbeirat nicht in die Erarbeitung der Stellungnahmen einbezogen wurde. Dies sollte seiner Anweisung nach geschehen. Er wird dies in seinem Amt auswerten. Er spricht sich auch dafür aus, dass mehr Kommunikation stattfinden muss.

Abschließend wird die Stellungnahme S0133/08 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

## 6. Informationen

---

### 6.1. Umsetzung des Rahmenkonzeptes für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg I0155/08

---

Herr Coulibaly erhält zuerst das Wort. Er sagt u. a.:

- Der Ausländerbeauftragte und der Ausländerbeirat brauchen zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes konkrete Strategien – angefangen bei den Kindertagesstätten bis hin zu Unternehmen. Wie können diese Einrichtungen in die Integration einbezogen werden?
- Es müssen kurz-, mittel- und langfristig Strategien zur Umsetzung entwickelt werden.

Frau Trojanowskaja sagt dazu:

- Mehr Transparenz und Effizienz war Ursprung des Konzeptes.
- Es gibt Möglichkeiten, Probleme ohne zusätzliche Fördermittel zu lösen, z. B. durch die Struktur.
- Die Geschäftsführung des Ausländerbeirates liegt bei der Zuwanderungsabteilung der Verwaltung. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Sie sollte zukünftig beim Integrationsbeirat liegen.
- Es sollte ressourcenübergreifend gearbeitet werden.
- Notwendig wäre, dass statistische Daten erfasst werden, um eine Entwicklung in Magdeburg ableiten zu können, z. B. arbeitslose MigrantInnen, rechtsextremistische Überfälle auf AusländerInnen, erreichte Schulabschlüsse usw.

Herr Villard sagt, dass

- Magdeburg das Konzept nicht durch Veranstaltungen umsetzen kann.
- Es muss eine strukturelle Integration erfolgen.
- Es müssen gleiche Zugänge für MigrantInnen geschaffen werden für Bildung, den Arbeitsmarkt usw.
- Es werden genaue Strukturen benötigt.
- Die Koordinatorenstelle sollte zunächst intern besetzt werden. Die Bewerbung wurde zurückgezogen. Somit ist wie bisher hier alles offen. Die Besetzung der Stelle ist aber dringend notwendig.

Die Ausschussmitglieder diskutieren angeregt.

Sie sind sich darüber einig, dass es wichtig ist Konzepte zu entwickeln, aber die Menschen dürfen „unterwegs“ nicht vergessen werden. Es muss besser zusammengearbeitet und mit dem Konzept gearbeitet werden, Der Ausländerbeirat sollte besser einbezogen werden in Zukunft.

Die Ausschussmitglieder beschließen, die Gültigkeit des Konzeptes in einem Abstand von 6 Monaten zu überprüfen und dieses Thema somit ständig zu begleiten.

Weiter wird das Amt 16 beauftragt, beim Oberbürgermeister den aktuellen Stand zur Besetzung der Koordinatorenstelle zu erfragen.

Abschließend wird die Information I0155/08 zur Kenntnis genommen (3 / 0 / 0).

## 7. Verschiedenes

---

Frau Ponitka bringt den Antrag A0151/08 – „Keine weiteren Kürzungen bei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche“ ein. Dieser wurde vom Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses gestellt. Sie bittet die AusschussmitgliederInnen um Unterstützung dieses Antrages.

Nach kurzer Diskussion entscheiden sich die AusschussmitgliederInnen einstimmig für die Unterstützung des Antrages A0151/08 und beauftragen Frau Ponitka, dies im Jugendhilfeausschuss bekannt zu geben.

Herr Dr. Hildebrand informiert darüber, dass der gestellte Antrag A0136/08 vom FuG-Ausschuss im Jugendhilfeausschuss, Gesundheits- und Sozialausschuss und im Finanz- und Grundstücksausschuss beraten wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn  
Vorsitzende

Yvonne Köppe  
Schriftführerin